

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Wowereit: „Vom roten Teppich der Berlinale ins rote Ostfriesland“

Rund 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Einladung zum traditionellen politischen Aschermittwoch der ostfriesischen SPD ins „Kolossaal“ nach Pewsum gefolgt. Diesjährige Hauptredner waren der regierende Bürgermeister von Berlin und stellvertretende SPD-Partei-vorsitzende Klaus Wowereit sowie Garrelt Duin. Bei Matjes und Bier stimmten Oliver Jüchems & Mojo-Express die Besucherinnen und Besucher schwungvoll ein. Garrelt Duin ging in seiner Rede auf die Situation bei den Emdener Nordseewerken ein. Er sei stolz gewesen, über die Solidarität in der ganzen Region, als es um den Verkauf ging. Dabei kritisierte er den Vorstand des Thyssen-Krupp-Konzerns, der fernab in Essen und in Unwissenheit, über das, was auf der Werft passiert, eine Entscheidung trifft. Es sei zu begrüßen, dass SIAG auf dem Werftgelände Windkraftanlagen produzieren wird. Aber Duin forderte auch, dass in Zukunft der Schiffbau bei den Nordseewerken ebenfalls noch möglich sein müsse. „Die können das und haben das Know-how. Das hat die Werft bewiesen“, sagte er. Duin begrüßte die Entscheidung des VW-Vorstandes und des Betriebsrates eine Beschäftigungsgarantie zu vereinbaren. „IG Metall und



Garrelt Duin und Klaus Wowereit: Gute Stimmung auf dem traditionellen politischen Aschermittwoch der ostfriesischen SPD.

VW-Vorstand haben einen guten Vertrag geschlossen.“ Er forderte starke Gewerkschaften und starke Betriebsräte in allen Unternehmen. Duin zeigte sich stolz auf die SPD in Ostfriesland. Sie sei noch intakt und er rief zugleich auf, den politischen Gegner zu bekämpfen und „nicht immer uns selbst“. Unter großem Beifall bezeichnete er die CDU/FDP-Landesregierung als „Club der Unfähigen“ und kritisierte die katastrophale Bildungspolitik. Klaus Wowereit kam gerne nach Ostfriesland in die rote Hochburg der SPD. „Vom roten Teppich der Berlinale ins rote Ostfriesland“, sagte er. Er griff in seiner Rede die schwarz-gelbe Bundesregierung scharf an. „Diese Bundesregierung macht sich selbst zur Opposition“, so der Berliner Regierungschef und er bezeichnete das Bundeskabinett als „Käfig voller Narren“. „Merkel und Westerwelle spalten die Gesellschaft zum Schaden unseres ganzen Landes“, so Wowereit. Die SPD werde dem entschieden entgegenzutreten und alles dafür tun, durch eine vernünftige, einbindende Politik die Menschen wieder für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Der regierende Bürgermeister besuchte vorher die Kunsthalle in Emden. Er zeigte sich beeindruckt von der Einrichtung.

Tarifparteien zeigen gesamtwirtschaftliche Verantwortung

Zum Tarifaabschluss in der NRW-Metallindustrie erklärt Garrelt Duin:

Ich begrüße die heutige Einigung zwischen den Tarifpartnern. Mit dem gefundenen Ergebnis werden die Tarifparteien ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht. Die getroffene Vereinbarung ist

gerade in der Wirtschaftskrise ein wichtiger Beitrag zur Beschäftigungssicherung und stärkt durch die erzielte Lohnerhöhung von 2,7 Prozent die private Binnennachfrage.

Gesamtwirtschaftlich gesehen entspricht der Abschluss genau den Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion: Die Beschäftigten erlangen einen

fairen Anteil an der Wertschöpfung, gleichzeitig wird durch die steigenden Löhne ein Nachfrageschub in der Binnenwirtschaft ausgelöst. Vielversprechend sind auch die Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung. Das bewährte Instrument der Kurzarbeit wird von den Tarifpartnern durch ein Modell der tariflichen Kurz-

arbeit ausgebaut. Dies geht Hand in Hand mit Regelungen zum Kündigungsschutz und zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Sozialpartner der nordrhein-westfälische Metallindustrie haben damit einen wegweisenden Kompromiss gefunden, der als Signal für ganz Deutschland gelten sollte.

Opel: Arbeitnehmer einbeziehen!

Verschärft durch die weltweite Wirtschaftskrise ist Opel in eine ernste Lage geraten. Maßgeblich verursacht wurde dies jedoch durch die verfehlte Managementpolitik des Mutterkonzerns General Motors.

Die SPD hat sich während der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung gemeinsam mit Betriebsräten, Beschäftigten und dem Opel-Management dafür eingesetzt, eine tragfähige Lösung für Opel zu finden. Doch GM hatte sich letztlich gegen einen Verkauf entschieden – nach langem Warten hat Opel Chef Reilly den „Zukunftsplan“ präsentiert: Opel beabsichtigt in Deutschland rund 3.900 Arbeitsplätze zu streichen und hat deutsche Staatshilfen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zur Sanierung des Unternehmens beantragt. Es geht für uns jetzt darum, die Beschäftigten von Opel und das Engagement der Betriebsräte in ihren Bemühungen für den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze zu unterstützen. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, dass dringend gebotene Gespräche mit den Arbeitnehmervertretern bisher nicht geführt wurden. Das Opel-Management ist jetzt aufgefordert, umgehend in entsprechende Verhandlungen mit den Betriebsräten zu treten.



Die Bundesregierung muss alles dafür tun, um Opel in eine sichere Zukunft zu führen.

Denn die Beschäftigten haben bereits ihre Bereitschaft zum Lohnverzicht erklärt und fordern dafür im Gegenzug von Opel eine Beteiligung am Unternehmen, die Umwandlung Opels in eine Aktiengesellschaft sowie ein Mitspracherecht bei Umstrukturierungen, insbesondere dem Stellenab-

bau. Es ist bezeichnend, dass dieser Lohnverzicht bereits Bestandteil des „Zukunftsplans“ von Opel zu sein scheint, allerdings die Forderungen der Betriebsräte bisher kein Gehör finden. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie in enger Abstimmung mit den Standort-Ländern alles tut, um

Opel in eine sichere Zukunft zu führen. Voraussetzung für staatliche Hilfe muss aber vor allem die Einigung zwischen GM und den Arbeitnehmern sein. Ohne dieses Einvernehmen besteht die Gefahr, dass mit Steuergeldern der Abbau von Arbeitsplätzen subventioniert wird.

Urteil sorgt für mehr Klarheit und Transparenz

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßen das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG). Es sorgt für mehr Klarheit und Transparenz bei der Bemessung der Regelsätze. Bedarfe lassen sich - außerhalb des physischen Existenzminimums - nicht einfach mathematisch-naturwissenschaftlich berechnen, sie enthalten auch immer eine Wertentscheidung.

Das Urteil lässt hoffentlich all die angeblichen Wirtschaftsexperten verstummen, die die Regelsätze als zu hoch bezeichnet haben. Die Entscheidung ist damit auch ein Warnsignal für Schwarz-Gelb: Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Sozialhilfe sind das unterste soziale Netz. Sie eignen sich nicht für Sozialkürzungen.

Alle eventuellen Überlegungen, nach der NRW-Wahl bisherige

Steuergeschenke derart zu finanzieren, müssen nun in der Schublade bleiben.

Auch die grundsätzliche schwarz-gelbe arbeitsmarkt- und sozialpolitische Strategie ist gescheitert: Prekäre Beschäftigung, Niedriglöhne und Mini-Jobs zu fördern, und die unzureichenden Einkommen dann durch Leistungen des SGB II aufzustocken - diese Strategie war schon immer ökonomisch unsinnig, haushaltspolitisch absurd und moralisch verwerflich. Jetzt ist sie auch juristisch gescheitert.

Die Konsequenz aus dem Urteil ist eindeutig: Höhere Regelsätze erfordern einen gesetzlichen Mindestlohn, da ansonsten der Sozialstaat in seiner Finanzierbarkeit und seiner Akzeptanz geschwächt würde. Wir brauchen ein „Lohnabstandsgebot“ von oben, sprich: Die Löhne

müssen höher sein als die Sozialleistungen.

Für einige der vom BVerfG kritisierten Punkte hat das SPD-geführte Bundesministerium für Arbeit und Soziales bereits in der vergangenen Legislaturperiode gute Vorarbeiten geleistet: Bei den Regelsätzen für Kindern wurde eine Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) vorgenommen. Dabei hat sich heraus gestellt, dass die Regelsätze bei ganz jungen und bei älteren Kindern korrekt ermittelt sind, aber bei Kindern im Alter von 6 bis 13 Jahren zu niedrig lagen. Durch eine neue Regelsatzstufe für diese Gruppe wurde das Problem ab dem 1. Juli 2009 gelöst. Ein anderer wichtiger Punkt ist die Frage der Überprüfung des Bedarfes: Auch hier ist die SPD bereits vor Jahren zu der Auffassung gelangt, dass der bisherige Turnus von fünf Jahren, der

zwischen den Einkommens- und Verbrauchsstichproben liegt, zu lang ist, um auf veränderte Konsumstrukturen oder Preiseffekte angemessen reagieren zu können.

Der bisherige Bundesarbeitsminister hat hierzu einen Gutachterauftrag erteilt, die Ergebnisse stehen noch aus. Grundsätzlich gilt: Das Arbeitslosengeld II muss so bemessen sein, dass es nicht nur satt macht und warm hält. Auch Arbeitslose und deren Kinder haben Anrecht auf ein würdiges Leben und die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Dazu gehört mehr als Essen und Kleidung. Dazu gehört auch die Mitgliedschaft im Sportverein, von Zeit zu Zeit ein Besuch im Zoo oder eine Runde im örtlichen Schwimmbad. Ob das ALG II dafür hoch genug ist, muss künftig häufiger überprüft werden.

Bundesfinanzminister: Kopfpauschale führt zu Spitzensteuersatz zwischen 73 und 100 Prozent

Das Bundesministerium der Finanzen hat am 8. Februar 2010 in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Birgitt Bender (Grüne) zur Finanzierung eines Sozialausgleichs der von Schwarz-Gelb geplanten Kopfpauschale festgestellt: Der Sozialausgleich ist nicht über die Einkommenssteuer zu finanzieren, selbst wenn das Aufkommen zu 100 % dem Bund zukommen würde. Wählt Schwarz-Gelb den Ausweg über höhere Verbrauchssteuern, kostet die Kopfpauschale eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um bis zu 4 %. Das hieße: Die Empfänger des Sozialausgleichs bezahlen den Transfer aus eigener Tasche.

Das Finanzministerium rechnet

vor:

Das Finanzvolumen für den Sozialausgleich beträgt je nach Studie zwischen 22 Mrd. Euro (Berechnungen IGES Institut GmbH) und 35 Mrd. Euro (Berechnungen Institut für Gesundheitsökonomie der Universität Köln).

Möglichkeiten ein Finanzvolumen von 22 Mrd. Euro bereitzustellen:

- der von der FDP vorgeschlagene Einkommenssteuerstufentarif (10 %, 25 %, 35 %) müsste auf **22,5 %, 37,5 % und 47,5 %** angehoben werden oder
- die zweite Progressionszone der Einkommensteuer linear

bis zu einem Steuersatz von **73 %** (ab zu versteuernden Einkommen von 120.644 Euro) verlängert werden oder

- der gesamte Einkommenssteuertarif um etwa 3 % angehoben werden oder
- die **Mehrwertsteuer müsste um 2,5 %** erhöht oder der ermäßigte Mehrwertsteuersatz in Gänze abgeschafft werden.

Möglichkeiten ein Finanzvolumen von 35 Mrd. Euro bereitzustellen:

- der von der FDP vorgeschlagene Einkommenssteuerstufentarif (10 %, 25

%, 35 %) müsste auf **24 %, 39 % und 49 %** angehoben werden oder

- die zweite Progressionszone linear bis zu einem Steuersatz von **100 %** (ab einem zu versteuernden Einkommen von 179.644 Euro) verlängert werden, ohne dabei den Betrag von 35 Mrd. Euro zu erreichen oder
- der gesamte Einkommenssteuertarif um etwa 5 % angehoben werden oder
- die **Mehrwertsteuer müsste um 4 %** erhöht bzw. bei der kompletten Abschaffung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes um 1,5 % angehoben werden.



Werner Stöhr und Jan Holthuis geehrt

Der SPD-Ortsverein Aurich-Mitte lud kürzlich zu seinem ersten Neujahrsempfang in die Jugendherberge Aurich ein. Dabei standen auch zwei Ehrungen auf dem Programm. Garrelt Duin hielt die Laudatio und ehrte für 40-jährige SPD-Mitgliedschaft in der SPD, den langjährigen Bürgermeister der Stadt Aurich Werner Stöhr und Jan Holthuis. Die beiden Jubilare waren beide 1969 - in Zeiten Willy Brandts - in die SPD eingetreten und haben seitdem der Partei die Treue in vielen Funktionen gehalten, so Duin. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Sebastian Schulze überreichte Duin den Jubilaren die Ehrennadel und Urkunde. Im Anschluss wurde Werner Stöhr, für seine herausragenden Verdienste für die Partei und in der Kommunalpolitik mit der "Willy-Brandt-Medaille" verliehen. Die Medaille ist die höchste Auszeichnung, die die SPD vergibt.

Termine

- **22. bis 26. Februar 2010**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- **1. bis 5. März 2010**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- **5. März 2010**
Sitzung Landesvorstand, Hannover
- **11. März 2010**
Feierstunde anl. der Verabschiedung von Klaus Hippen, Präsident der Handwerkskammer für Ostfriesland, Aurich
- **15. bis 19. März 2010**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin



Auf Einladung des SPD-Landtagsabgeordneten Wiard Siebels besuchten kürzlich Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis den Niedersächsischen Landtag in Hannover. Die Gruppe traf im Landtag Garrelt Duin. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer freuten sich, als Duin die Ostfriesen in Hannover begrüßte.

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030 - 227 - 70145
 Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de